

STRASSENBEITRAGSSATZUNG Der Zorn wächst

Die DKP/LL führte zahlreiche Gespräche zum Thema Straßenbeiträge in Mörfelden und Walldorf und informierte über die Pläne, die im Rathaus vorbereitet werden. Viele wußten noch nichts davon.

Die Meinungen der Einwohner: Was denn noch? Es reicht! Wissen die auf dem Rathaus nicht mehr, wie die Mehrheit der Einwohner lebt? Den Planern des neuen Raubzuges sollten die Ohren klingeln.

Gesprächsteilnehmer forderten eine Unterschriftensammlung und Eingaben und viele wollen nicht mehr „alles schlucken“. Abzocke und Geldmachelei - das sind die Vokabeln, die immer öfter fallen, wenn Bürgermeister das vollziehen, was ihnen von Wiesbaden und dem Regierungspräsidium aufgetragen wird: Finanzielle Beiträge von Anliegern erheben, wenn eine Straße erneuert wird.

Die DKP/LL erläuterte, wie die Ergeb-

nisse bei der Anwendung solcher Straßenbeitragssatzungen oft aussehen (s. auch Seite 3).

Die anfallenden Summen sind - wie wir recherchierten - in vielen Städten unterschiedlich. In manchen Kommunen werden wiederkehrende Beiträge erhoben - doch auch hier kommen neue jährliche Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zu. Wir spüren, die große Umverteilung von unten nach oben geht verstärkt weiter.

Leider ist es so, dass die Stadtregierung keinen „Arsch in der Hose“ hat. Sie sollte die Proteste anführen statt zu kuschen. Sie sollte die Bürger beraten - statt Zahlungsaufforderungen zu verschicken. Es wird höchste Zeit für eine Bürgerversammlung zu diesem Thema - bei der vor allem die Bürgerinnen und Bürger sprechen können. Ermüdende Monologe der Rathausspitze brauchen wir nicht.

Nur gemeinsam kann man die geplante Abzocke stoppen

Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Auch unsere Stadt steht wie andere Kommunen und Landkreise vor Finanz-Problemen.

Ein sogenannter Schutzschirm hat nichts geschützt - man hat den Einwohnern nur tiefer in die Taschen gegriffen.

Das ist Umverteilung pur von unten nach oben.

Zahlreiche Kommunen können die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten. Ihre Handlungsfähigkeit ist stark eingeschränkt und oftmals wird nur noch der Mangel verwaltet. Deshalb müssen die Kommunen endlich in die finanzielle Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen muss erhalten und ausgebaut werden.



Wer neue Belastungen und Kürzungen der Sozialleistungen einführen will, sollte auch diese Entwicklung beachten:

Die Schere öffnet sich weiter

„Der Lohnzuwachs für Gutverdiener war zum Jahresauftakt höher als der für Geringverdiener“, sagt das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifor. „Das bedeutet, dass die Einkommensungleichheit im Vergleich zum Vorjahresquartal gestiegen ist und sich die Einkommensschere weiter geöffnet hat.“ Die Lücke zwischen den niedrigsten und den höchsten Einkommen ist heute größer als vor zehn Jahren.

Binnen Jahresfrist konnte die Gruppe der leitenden Arbeitnehmer ihr Einkommen um 2,9% steigern - und damit mit Abstand stärker als alle anderen Gruppen. Die herausgehobenen Fachkräfte kamen auf 1,8%, die Fachkräfte auf 1,9%, die angelernten Beschäftigten auf 1,4% und die ungelernen auf noch 1,0%.

Der 2015 eingeführte Mindestlohn ist nicht ausreichend, um das Öffnen der Lohnschere zu stoppen.

Seit 1991 sind die verfügbaren Einkommen (sämtliche Haushaltseinkünfte nach Steuern, Sozialabgaben und Transferzahlungen) der obersten zehn Prozent der Haushalte laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung um knapp 27% gestiegen. Die ärmsten zehn Prozent der Haushalte mussten dagegen Einkommensverluste von acht Prozent hinnehmen.

Kinderarmut nimmt zu

Die Kinderarmut in Deutschland hat, einer Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zufolge, spürbar zugenommen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die unter der Armutgefährdungsgrenze leben, sei im vergangenen Jahr um 0,6 Prozentpunkte auf 20,3 Prozent gestiegen, heißt es in einer jetzt veröffentlichten Untersuchung. Das entspricht rund 2,7 Millionen Menschen unter 18 Jahren. Die große Zahl der in den vergangenen Jahren nach Deutschland geflüchteten Kinder und Jugendlichen schlägt sich in der Sozialstatistik nieder. In der amtlichen Armutsstatistik tauchten sie jedoch mit zeitlicher Verzögerung auf: Die Armutsquote bezieht sich nur auf Personen in Privathaushalten.

Viele Flüchtlingsfamilien lebten aber Ende 2015 in Sammelunterkünften und wurden daher zunächst ausgeklammert. Das Deutsche Kinderhilfswerk forderte die Politik auf, die Bekämpfung der Kinderarmut sowie verstärkte Integrationsmaßnahmen für zugewanderte Kinder und Jugendliche zu einer Priorität in der neuen Legislaturperiode zu machen. Es ist an der Zeit, dass sich die positive wirtschaftliche Lage in Deutschland endlich auf die Situation armer Kinder und Jugendlicher auswirkt.

Rückgang um 27.000 Sozialwohnungen in 4 Jahren

Die Zahl öffentlich geförderter Mietwohnungen ist erneut dramatisch zurückgegangen. Im Zeitraum von vier Jahren - 2013 bis 2016 - sank die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen von 119.945 auf nur noch 93.207 Wohneinheiten. Während in den zurückliegenden Jahren im Schnitt 4.000 Wohnungen jährlich aus der Sozialbindung fielen, ist insbesondere in den letzten beiden Jahren ein Minus von 12.000 Wohnungen im Jahr 2015 und ein Minus von 7.450 Wohnungen im Jahr 2016 zu verzeichnen.

LESERBRIEF

Investmentbanker in der Politik

Sehr geehrter Herr Becker, Herr Ziegler, leider bin ich zutiefst enttäuscht, dass nach diversen Erhöhungen der Grundsteuer nun, um die Bürger noch weiter abzuzocken, die Straßenbeitragssatzung kommen soll. Da wir ja jetzt einen Investmentbanker als Ersten Stadtrat haben, wundert mich das nicht. Dieser Herr ist durch Wahllügen, dass ein „Erster Stadtrat“ obsolet ist, in den Magistrat gekommen. Als Banker hat er dann erst mal zugesehen, dass er den jetzt nicht mehr obsoleten Job als Ersten Stadtrat bekommt. Die Kohle muss ja fließen. Als Banker ist man ja nichts mehr wert, also ist Politik eine gute Alternative. Hier polstert man sich erstmal das eigene Sofa und Kohle kommt von den betroffenen Bürgern. Das kann man als Banker. Früher haben die Zeche die betrogenen Kunden gezahlt. Der Posten des Ersten Stadtrats muss nun wohl durch die Straßenbeitragssatzung finanziert werden. Ein Banker bleibt ein Banker. Solchen Menschen kann und darf man nicht vertrauen. Denn sie kommen immer zuerst und wenn es schief geht, wollen sie weich fallen. Es wird Zeit, dass nicht nur die Linke und DKP aufbegehren, sondern alle Bürger sich gegen die Abzockmentalität wehren. Es geht meiner Meinung hier nicht nur um den sogenannten Rettungsschirm, sondern auch um persönliche Interessen.

*Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Reviol*

Einladung an alle Einwohner von Mörfelden-Walldorf

Nein zur Straßenbeitragssatzung Information - Diskussion

Eine Veranstaltung der
DKP / Linke Liste

Am 7. September 2017

19 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

Schluss mit der Rotstiftpolitik



Strassenanliegergebühren gemeinsam verhindern

Im Rathaus beschwichtigt man: „Vorerst ist nichts zu befürchten“, sagt SPD-Bürgermeister Becker. Der Erste Stadtrat Ziegler (Freie Wähler) meinte: „So schlimm wird’s schon nicht werden.“ Die Zahlen aus anderen Kommunen seien „Extrembeispiele“ und überhaupt wolle man die Bürger nicht zur Kasse bitten, „wir werden dazu gezwungen.“

Wer lange die Kommunalpolitik verfolgt, weiss: Abwiegeln gehört zum Handwerk, wenn man vorhat, den Einwohnern erneut tief in die Taschen zu greifen.

Die mehrmalige Erhöhung der Grundsteuer B, der rasante Sozialabbau in unserer Stadt, hat gezeigt, was auf uns zukommen kann. Wer etwas verhindern will, muss früh damit beginnen. Auch bei den neuen Plänen einer Straßenanliegergebühr gilt: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!“

Damit die Bürgerinnen und Bürger wenigstens ungefähr erfahren, was auf sie zukommen kann, nachfolgend einige Fakten, die wir recherchiert haben.



Wir haben uns umgehört, wie es in anderen Kommunen Hessens mit den Straßenbeiträgen aussieht. Bis zu 75% der Sanierungskosten dürfen Kommunen umlegen – und das passiert schon in etlichen hessischen Orten.

Einige Beispiele:

Melsungen

25 Straßen werden hier grundsaniert, die Hälfte der Kosten müssen die Anlieger zahlen. Bürger sind schockiert darüber, dass sie 20.000 Euro zahlen sollen.

Büdingen

In Büdingen bekamen Bürger eine Rechnung von 14.000 Euro. Eine Familie erklärt, ihre Rente sei klein. Einen Kredit zu bekommen ist für sie in ihrem Alter auch fast unmöglich. Im Gegenteil: Die Bank hat ihnen bereits in einem Schreiben angeboten, ihr Haus zu kaufen.

Wetzlar

Mit bis zu 60.000 Euro pro Grundstück will die Stadt Wetzlar Hausbesitzer für eine Straßensanierung „zur Kasse bitten“.

Eine Familie soll 33.000 Euro für die anstehende Sanierung von Fahrbahn und Kanalnetz an die Stadt bezahlen. Noch härter hat es ein paar Häuser weiter eine Familie mit einem alten Bauerngehöft getroffen. Ihnen hat die Stadt mitgeteilt, dass sie 60.700 Euro zahlen muss.

Offenbach

Nach der Umgestaltung des Wilhelmsplatzes in Offenbach wurden die Kosten auf die Bürger umgelegt. Rechnungen von 12.000 bis 32.000 Euro wurden hier fällig.

Hanau

Auch in Hanau müssen Anlieger zahlen. Er heißt dort Straßenbeitrag und erschreckt vor allem jene Bürger, die sich bei der Grundsaniierung ihrer

Straßen mit Gebühren an den Kosten beteiligen müssen. Oft geht es im Einzelfall um mehrere Tausend Euro.

Mainhausen

Dort kämpft eine Bürgerinitiative gegen die erhobenen Straßenbeiträge. Rechnungen von bis zu 14.000 Euro, sind den Bürgern ins Haus geflattert.

Was man wissen sollte:

Unter Juristen ist umstritten, ob tatsächlich eine Beitragserhebungspflicht besteht. Jürgen Ullrich vom Hessischen Städtetag geht davon aus, dass ein Drittel der hessischen Kommunen keine Straßenbeiträge erhebt. 37 Städte und Kommunen, darunter größere Städte wie Frankfurt und Wiesbaden, aber auch kleinere wie Viernheim oder Erzhausen haben sich ganz gegen eine Beteiligung der Anwohner an den Kosten über einen Beitrag entschieden.

Wir stellen fest:

Nach den Erhöhungen der Grundsteuer B will man jetzt auch bei uns erneut kräftig den Bürgern in die Taschen greifen. Nicht nur Hauseigentümer, auch Mieter wären betroffen. Stellungnahmen der örtlichen SPD, CDU, FDP, Grünen zum Thema kennt man nicht. Bei den „Freien Wählern“ macht man es sich einfach: „Straßen würden von allen Bürgern genutzt, daher sollten auch alle solidarisch für deren Unterhalt aufkommen“.

Das ist der „Sachverstand der Freien Wähler“. Als würden wir nicht gerade genug Steuern bezahlen. Die Schwerlastler, die ständig durch einige Straßen fahren, hat man hier auch nicht im Blick.

Entscheidend ist:

Die Kommunen haben zu wenig Finanzmittel.

Wenn „oben“ das Geld falsch ausgegeben wird, fehlt es „unten“ für die Infrastruktur und die Daseinsfürsorge.

blickpunkt jugend



**Die einen haben
das Kapital,
die anderen nur
ihre Arbeitskraft.**

**Es wird Zeit,
das zu ändern.**



Jedes Jahr eine Million aufs Konto

Die Zahl der hessischen Einkommensmillionäre ist nach den jüngsten Berechnungen des Statistischen Landesamtes erneut deutlich gestiegen. Zwischen den Jahren 2010 und 2013 wuchs die Summe der Steuerpflichtigen mit Einkünften von mehr als einer Million Euro um rund 15% auf 1439. Die Zahlen wurden bislang alle drei Jahre erhoben. Alle Einkommensmillionäre Hessens zusammen gaben demnach Einkünfte in Höhe von fast 3,4 Milliarden Euro auf ihrer Steuererklärung an – knappe ein Fünftel mehr als noch 2010. Ihre festgesetzte Einkommensteuer erhöhte sich laut Landesamt um gut 27% auf knapp 1,3 Milliarden Euro.

Auf der einen Seite also ungeheurer Reichtum, auf der anderen Seite in vielen Bereichen wachsende Probleme. Beklagt wird zurecht Kinder- und Altersarmut.

Junge Menschen, sofern sie sich für Politik interessieren, begreifen oft nicht die Zusammenhänge.

Richtige Erklärungen fehlen. Aber es stimmt: Wer reich ist, ist einflussreich. Kapitalbesitzer sind auch Meinungsmacher. Wir erlebten es nach dem G20-Gipfel in Hamburg.

Nach den Gewaltausbrüchen am Rande der großen friedlichen Demonstrationen gegen das Treffen der Großmächte der Marktwirtschaft frohlockten die Anhänger konservativer bis liberaler Weltanschauungen, nun sei es aber „wirklich vorbei mit der Hegemonie der Linken über die gesellschaftliche Debatte“. Die linken Systemfeinde hätten in Hamburg den Staat auf brutalste Weise angegriffen und jede moralische Legitimation verloren. „Wer Autos anzündet, muss sich als Terrorist bezeichnen lassen“, hieß es. Wie aber soll man diejeni-

gen nennen, die uns heimlich mit Gift verseuchen? Wir brauchen nur an die manipulierten gefährlichen Diesel-Stinker oder an die vergifteten Eier denken. Wie aber sollen wir die nennen, die Kriege fördern, damit die Rüstungsindustrie verdient.

Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?, fragte Bertolt Brecht.

Schauen wir also noch einmal genauer hin, was sich in den Wochen seit dem Hamburger G20-Gipfel in Deutschland ereignet hat. Man versucht Menschen zu kriminalisieren, weil sie auf die Straße gingen für Gerechtigkeit und Umverteilung. Tatsache ist: Die einen haben das Kapital, die anderen nur ihre Arbeitskraft. Es wird Zeit, das zu ändern.

PS

Karl Marx hat am 5. Mai 2018 seinen 200. Geburtstag. Er hat zu diesem Thema viel geforscht und geschrieben. Deshalb ist er auch heute hochmodern. Wir möchten auch bei uns seinen Geburtstag feiern. Wer will, kann dabei mithelfen.



Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm wärst du nicht reich.“
Bertolt Brecht

Gerade gelesen



Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten. Sarah Wagenknecht, die intelligente Theoretikerin der Linken will mit diesem fast philosophischem Buch zum Nachdenken anregen. Bedeutet Reichtum nur viel Geld besitzen? Gibt es nicht noch anderes auf der Welt, das Glück und Zufriedenheit bereitet? Der Globalkapitalismus unserer Zeit lässt sich im nationalen Rahmen kaum noch bändigen. Demokratisch legitimierte europäische oder auch internationale Institutionen, die das leisten könnten, gibt es nicht und kann es wohl auch nicht geben. Wenn wir wirklich besser leben wollen, geht es daher nicht bescheidener oder kleiner: Dann müssen wir unsere Demokratie und die Marktwirtschaft vor dem Kapitalismus retten und die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung in Angriff nehmen.

Was sollte unternommen werden, damit die wachsende Ungleichheit von Arm und Reich überwunden wird?

Die promovierte Volkswirtin geht mit dem Raubtierkapitalismus hart ins Gericht, zeigt die Machenschaften der Banken („Zockerbuden“) auf, die per Lobbyismus die Politik bestimmen. Hat vor ca. 20 Jahren ein Aktionär eine Aktie vier Jahre gehalten, so ist die Zeitspanne auf 22 Sekunden gesunken. Hochfrequenzhandel - Maschinen zocken.

Das Buch endet im Entwurf einer neuen Wirtschaftsordnung. Es ist Zeit, den Kapitalismus zu überwinden. Wir leben in einem Wirtschaftsfeudalismus, der mit freier sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun hat. Und die Innovationen, die uns bei der Lösung wirklich wichtiger Probleme weiterbringen, bleiben aus. Wie kann es sein, dass vom Steuerzahler finanzierte technologische Entwicklungen private Unternehmen reich machen, selbst wenn diese gegen das Gemeinwohl arbeiten? Wir müssen Talent und echte Leistung belohnen und Gründer mit guten Ideen fördern sagt Sahra Wagenknecht. Mit glasklarer Analyse und konkreten Vorschlägen eröffnet sie die politische Diskussion über neue Eigentumsformen und zeigt, wie eine innovative und gerechte Wirtschaft aussehen kann.

„Reichtum ohne Gier“ von Sahra Wagenknecht ist im Campus Verlag erschienen und kostet 19,95 Euro



Waldenserhäuser. Links in der Langstraße 37 in Walldorf, rechts ein Waldenserhaus in Neuhengstett. Auch diese Gemeinde in Baden-Württemberg wurde einst von Waldensern gegründet. Die Häuser gleichen sich. In Neuhengstett ist darin das Waldenser-Museum untergebracht. Das Walldorfer Haus wird aber sicher bald zusammenbrechen. Es hätte auch anders kommen können. Das Haus in Walldorf (Grundstücksanteil 110 m²) wurde vor einigen Jahren als „Kulturdenkmal Waldenserhaus“ für 35.000 Euro angeboten. Unsere Initiative - die Stadt soll es erwerben - wurde nicht aufgegriffen. Auch unser damaliger Antrag, der Magistrat möge alle Möglichkeiten nutzen, um das unter Denkmalschutz stehende Haus zu erhalten und dazu intensive Gespräche mit der Denkmalbehörde und dem Eigentümer führen, wurde abgelehnt. Mittlerweile ist der Verfall des Hauses, in dem früher das von den Nazis ermordete jüdische Geschwisterpaar Reiss wohnte, weiter fortgeschritten. Es wird sicher bald nicht mehr zu retten sein. Der „Denkmalschutz“ wird dann auch nichts mehr nützen. Offenbar hat unsere Stadtverwaltung nach wie vor kein Interesse, an dieser Situation etwas zu ändern.

Wir halten das für einen großen Fehler und werden darauf zurückkommen.

Zuschrift

Gratisticket für Landesbedienstete. Diese Überschrift in der Zeitung und Meldung im hr-Fernsehen hat überrascht. Der Kreis Groß-Gerau hat diese für seine Beschäftigten auch schon realisiert. Denn im Koalitionsvertrag steht die Forderung nach kostenlosem ÖPNV.

Die Verkehrsmisere mit den Abgasen, Feinstaub, Lärm etc. kann in den Ballungsräumen nur mit Änderungen im Verkehr selbst gelöst werden. Noch eine weitere Spur auf den Autobahnen wird das Problem der Staus, der Parkplatznot in den Städten nicht mindern. Es zeigt sich: was betriebswirtschaftlich machbar ist, wird volkswirtschaftlich ineffizient. Wieviel Ressourcen (Benzin, Diesel, Öl, Gummi, Metall, Chemikalien...) kostet der Einsatz privaten Verkehrs? Auch die Unfälle mit Materialschäden, Toten und Verletzten sind in der Kalkulation einzurechnen. Wieviel ließe sich vermeiden, zumindest verringern. Es gibt bereits etliche Großbetriebe, die ein Jobticket für ihre

Beschäftigten bereithalten. Kleine Betriebe machen das wohl kaum, können es vielleicht auch gar nicht. Eine allgemeine Verkehrsabgabe (von Betrieben, Organisationen, aber auch Privaten) werden auf der Gegenrechnung stehen. Dieses Umsteuern im ÖPNV setzt aber hohe Investitionen in die Infrastruktur voraus. Mehr Angebote von Bahn, Bus, Straßenbahn, kurze Taktzeiten. Mehr Radwege und Bevorzugung der Fußgänger und Radler. Rudi Dötsch

Danke

Wir bedanken uns
für die
großen und kleinen Spenden,
die wir erhalten.

Unser Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG,
IBAN

DE37 5085 2553 0009 0034 19

BUNDESTAGSWAHL 2017

Am 24. September 2017 ist die Bundestagswahl. Die DKP Hessen kandidiert mit einer Landesliste. Kandidaten aus unserer Stadt sind Gerd Schulmeyer und Alfred J. Arndt. Auf eine Wahlkreiskandidatur im Kreis Groß-Gerau hat die DKP verzichtet. Für die LINKE kandidiert im Wahlkreis Jörg Cezanne aus Walldorf.

Die Parteien sind jetzt in der Endphase ihres Wahlkampfes.

Die DKP will eine starke Linke in unserer Stadt und in unserem Land. Es geht darum, gemeinsam aktiv zu werden, gemeinsam die Verursacher von Flucht, Krieg und Armut zu stoppen. Im Vordergrund stehen für uns Frieden, Arbeit und Solidarität. Runter mit der Rüstung, rauf mit den Ausgaben für Bildung und Soziales. Der DKP geht es mit ihrer Kandidatur nicht um den Einzug in den Bundestag. Ebenso wenig darum, Wahlkampf gegen DIE LINKE zu machen.

Wir haben die gemeinsamen Aufgaben im Blick. Wir brauchen einen Politikwechsel und politischen Klimawandel. Das brauchen vor allem die arbeitenden, erwerbslosen, lernenden Menschen. Ein anderes

politisches Klima brauchen übrigens alle Linken, auch wir Kommunistinnen und Kommunisten. Eine starke linke Fraktion im Bundestag kann dazu beitragen. Unsere Eigenkandidatur zur Bundestagswahl ist deshalb auch keine Kandidatur gegen DIE LINKE, sondern ein Angebot für alle, denen ein einfaches „Zurück zum Sozialstaat“ zu wenig ist, die nicht nur ein paar Krümel mehr, sondern den ganzen Kuchen wollen. Und die aus der Geschichte gelernt haben, dass auch linke Hoffnungsträger unterstützenden außerparlamentarischen Druck von links brauchen - auch damit „rote Haltelinien“ wirklich halten.

In unserer Stadt hat die Arbeiterbewegung eine große Tradition. Im Faschismus hat sie große Opfer gebracht - nach 1945 das Land wieder aufgebaut. Daraus lernend ist unsere wichtigste Aussage: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Daran denken wir auch bei der Bundestagswahl 2017. Unser Appell deshalb: Keine Stimme den Rechten und Neonazis, unter welchem Namen sie auch auftreten.

**Vergesst nicht,
dass diejenigen Menschen
euch am besten
dienen werden,
die ihr aus eurer
eigenen Mitte
wählen werdet,
die das gleiche Leben wie
Ihr führen,
und die gleichen Leiden
ertragen wie Ihr.
Hütet euch vor Leuten,
die zu viel reden,
vermeidet vom Schicksal
Begünstigte,
denn selten nur will
derjenige,
der ein Vermögen besitzt,
im Arbeitenden
seinen Bruder sehen.**

**Wahlaufruf der
Pariser Kommune
im Frühjahr 1871**

Kommunales

Am Dienstag, 19. September 2017, um 18.30 Uhr, ist die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Walldorfer Rathaus. Die Sitzung ist öffentlich.

SPD/FW/FDP bringen die Folgen der „Hessenkasse“ für den Haushalt unserer Stadt auf die Tagesordnung.

Die DKP/LL hat u.a. folgende Initiativen eingebracht: „Erinnerungstafeln für Euthanasie-Opfer“, „Wie weiter mit dem Hegbach?“, „Wohin mit einer Druckereieinrichtung?“ (siehe auch Berichte im blickpunkt 560).

In einer aktuellen Anfrage der DKP/LL zur Luftreinhaltung heißt es u.a.:

Wie sauber ist unsere Luft?

Gesundheit von Menschen und Tieren schützen!

Nach dem „Dieselgipfel“ und den Manipulationsskandal der deutschen Automobilindustrie wurde in unserer Stadt oft die Frage gestellt, wie sauber ist die Luft in Mörfelden-Walldorf? Werden in unseren Straßen die Grenzwerte der Schadstoffbelastung überschritten?

Wir fragten den Magistrat:

Gibt es in unserer Stadt Messstationen um die in den EU-Richtlinien geforderte Luftqualität zu dokumentieren? Sind diese Messwerte für die Bürger einsehbar und wenn ja wo?

Wenn es keine Messstationen im Stadtgebiet geben sollte, wie kann die Luftqualität in Mörfelden-Walldorf festgestellt und beurteilt werden?

Gibt es Erkenntnisse über die Höhe

der Belastungen durch Luftschadstoffe (Schwefeldioxid, Stickstoffdioxide)? Wie sieht die Belastung der Luft, speziell in den stark frequentierten Straßen der beiden Stadtteile aus? Wenn ja, gibt es Überlegungen zu einem Aktionsplan zur Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte? Werden bei der Erschließung neuer Bebauung notwendige Frischluftschneisen berücksichtigt? Gibt es weitere Überlegungen, wie die Gesundheit der Menschen und Tiere durch saubere Luft in unserer Stadt geschützt werden kann? Seit Januar 2005 gelten EU-Grenzwerte für Feinstaub. Danach dürfen 50 µg/m³ Feinstaub an maximal 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Bei Überschreitungen im Übergangszeitraum wird die Aufstellung von Luftreinhalteplänen zur Schadstoffminderung verpflichtend.

KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG

Einkaufszentren mit Flughafen

Bei vielen Flughäfen gibt es diese Entwicklung. Dafür werden dann auch mal riesige Waldgebiete betonierte. Die Verkehrsbelastung auf den Straßen steigt, die Einzelhandelsgeschäfte im Umland verschwinden. So ist das auch jetzt mit „Gateway Gardens“ am Frankfurter Flughafen. Wo früher Soldaten lebten, entsteht am Frankfurter Flughafen das Gewerbequartier „Gateway Gardens“.

Flughäfen ähneln in wachsendem Ausmaß riesigen Einkaufszentren mit ungewöhnlichen Öffnungszeiten. Der Flughafenexperte John D. Kasarda geht sogar noch einen Schritt weiter. Er propagiert für Flughäfen das Konzept einer Aerotropolis, einer erweiterten Airport City. Nach seiner Einschätzung bedarf es einer genauen Planung, um Flughafenstädte zu entwickeln. Gerade in Frankfurt sei dies dringend nötig, weil umliegende Städte, Gemeinden und Naturschutzgebiete die Investitionsmöglichkeiten einschränken. Wichtig sei der Dialog mit den Bürgern und die Aufklärung über die Pläne und Folgen der Flughafenentwicklung.

Da kommt einiges auf uns zu. Wie wir unsere Stadtregierungsspitze kennen, werden sie nicht mit geradem Kreuz in solche Verhandlungen gehen. Man muss wachsam der weiteren Entwicklung entgegensehen.

Da sollte man doch mitmachen!

Mörfelden-Walldorf sucht Fotos: „Make the Homepage great again!“ Die Webseite der Stadt soll schöner werden. Einsendungen an: webseite@moerfelden-walldorf.de

Wir schlagen vor: Schickt Bilder der Protesttransparente, die in den Stadtteilen zu sehen sind. Mehr auf: www.moerfelden-walldorf.de/default.asp?action=article&ID=3703

Fraport muss zahlen

In zweieinhalb Jahren will Fraport sein erstes Billigflieger-Gate eröffnen. Die Passagiere müssen das Terminal erreichen - am saubersten geht das mit der Bahn. Doch dazu reichen die aktuellen Kapazitäten nicht aus. Bekannt ist dieses Problem seit Jahren. Es wird immer wieder öffentlich angesprochen.



Nie vergessen!

Die US-amerikanischen Atombombenabwürfe auf Hiroshima am 6. August und Nagasaki am 9. August 1945 waren die beiden ersten Einsätze von Atomwaffen in einem Krieg. Die Atombombenexplosionen töteten um die 100.000 Menschen sofort – fast ausschließlich Zivilisten. Bis Jahresende 1945 starben weitere 130.000 Menschen. In den Folgejahren kamen noch viele hinzu. In diesen Tagen, in denen über die Drohungen der USA und Nordkoreas

Auch Fraport hat nichts gegen einen Bahnhof für Terminal 3. Nur Zahlen will der Konzern dafür nicht.

Unter der Dauerexpansion des Flughafens haben wir bereits genug zu leiden. Der Wald wird kleiner, der Lärm größer. Jetzt soll auch noch der Steuerzahler dafür aufkommen, dass die Passagiere pünktlich und bequem das neue Terminal 3 erreichen.

berichtet wird, steht die Welt erneut an der Schwelle eines milliarden-schweren atomaren Wettrüstens. Als hätte es die Katastrophen von Hiroshima und Nagasaki nie gegeben. Der Konflikt kann aber nur diplomatisch gelöst werden. Statt atomarem Nachrüsten müssen überall Zeichen für Abrüstung gesetzt werden.

Es ist Zeit für den Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel in Rheinland-Pfalz. Es ist Zeit, dem Wahnsinn ein Ende zu bereiten. 122 Staaten stimmten bei der UNO für ein völkerrechtlich verbindliches Verbot von Atomwaffen. Sie verpflichten sich, keine Atomwaffen zu entwickeln, herzustellen, anzuschaffen, zu besitzen, zu lagern oder mit ihrer Anwendung zu drohen. Die Bundesregierung war den Verhandlungen in New York ferngeblieben. Der Vertrag sei mit der Politik der atomaren Abschreckung unvereinbar. Das stimmt.

Die atomare Abschreckung ist mit Frieden, Abrüstung und einer solidarischen Welt unvereinbar. Also Schluss damit.

Unsere Ozeane sind keine Müllkippe

Endlich Schluss mit unnötigen Einwegverpackungen

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. erklärt: Deutschland ist Europameister beim Anfall von Verpackungsabfällen. Plastikabfälle machen dabei mit rund 3 Millionen Tonnen pro Jahr einen

großen Anteil aus. Unsere Supermärkte und Drogerien produzieren Wegwerfprodukte am laufenden Band. Die Politik hindert sie nicht daran. Und natürlich landen viele Plastikverpackungen auch in der Umwelt und nicht nur im Gelben Sack oder dem öffentlichen Abfalleimer. Das Meer ist inzwischen der dreckigste Ort der Welt. 2050 schwimmen dort voraussichtlich mehr Plastikteile als Fische. Das dürfen wir nicht akzeptieren!

Plastikmüll ist gefährlich für Tiere und Menschen. Mehr als 663 Tierarten sind direkt betroffen. Weltweit sterben jährlich eine Million Vögel und 100.000 Meeressäuger an Plastik im Meer. Über die Nahrungskette gelangt das Plastik auch in unseren Körper. Ist das Plastik erst einmal im Meer, beginnt ein nicht enden wollender Kreislauf, denn Plastik baut sich im schlechtesten Fall erst nach mehreren hundert Jahren ab.

Stadtgeschichten



Seit etwa dem Jahre 1920 gab es in Mörfelden in der Querstraße, schräg gegenüber der Albert-Schweitzer-Schule, die Konservenfabrik Krumb, später Krumb & Co. auch KruCo genannt. Hauptsächlich wurden dort Gurken jeder Größe verarbeitet, sowie Sauerkraut hergestellt und konserviert. Die Familie Krumb erzeugte auch einen kleinen Teil des Krauts und der Gurken auf ihren eigenen Äckern. Der Verkauf erfolgte vorwiegend in der Frankfurter Markthalle. Eine der Enkelinnen wusste noch, dass ihre Oma, die in der Mitte sitzende Margarethe Krumb, regelmäßig morgens um fünf Uhr nach Frankfurt in die Markthalle gefahren ist, um Sauerkraut und Gurken zu verkaufen. Auch an kleinere Geschäfte in Mörfelden und Umgebung lieferte die Firma ihre Erzeugnisse. Zumindest am Anfang wurde auch über die Straße („iwwer die Gass“) verkauft. Der Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch, dass er oft als Kind angewiesen wurde: „Geh mol bein Krumb un holl e Pund Sauerkraut“. Das große Foto - etwa aus dem Jahre 1950 - zeigt die Familie Krumb und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In der unteren Reihe sitzen von links die Familienmitglieder: Schwiegersohn Georg Knodt, daneben seine Frau Johanna Knodt geb. Krumb, Enkelin Christel Scherer geb. Zwilling, Oma Margarethe Krumb, Enkelin Margot Fahmy geb. Zwilling, Margarethe Zwilling geb. Krumb und Vater Adam Krumb. Das kleine Foto zeigt Georg Knodt vor dem Lastwagen der Firma beim Aufladen der Ware für die Markthalle. Die Firma bestand noch bis Anfang der 1980er Jahre.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



Konzert SUN (progressive rock)
Samstag, 9. September - 20 Uhr - 8,-/6,- (erm.)

Jam Session
Freitag, 15. September - 20 Uhr - Eintritt frei

Ein Abend mit Ritchy Fondermann und Marco Pleil
Samstag, 16. September - 20 Uhr - 8,-/ 6,- (erm.)

„Prosa Vegan“ - Veganer Brunch
Sonntag, 17. September - 11 bis 13:30 Uhr - 5,-/ 3,- (erm.)

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 21. September - 20 Uhr - Eintritt frei

Repair Café - Wegwerfen? Denkste!
Samstag, 23. September - 14 bis 18 Uhr - Eintritt frei

Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste
Mittwoch, 27. September - 19 Uhr - Eintritt frei

Aus anderer Schüsseln schmeckt es immer besser!
Freitag, 29. September - 18 Uhr - Essen 10,- (mit Stadtpass frei), Getränke extra (VVK ab 18.9. im KuBa und im Integrationsbüro)

**Hörstück „In grüner Nacht“
(mit Anja Bilabel und Sabine Fröhlich)**
Samstag, 30. September - 20 Uhr - 8,-/ 5,-
(VVK im KuBa und bei Buchhandlung Giebel, Walldorf)

Unser Lexikon

Schbrisch

Dess bleibd
nedd in de
Klaarer schdegge.